

Medienpädagogisches Manifest - Addendum 2019

Seit die Initiative Keine Bildung ohne Medien (KBoM) vor zehn Jahren (März 2009) unter Beteiligung vieler Akteur*innen das „[Medienpädagogische Manifest](#)“ veröffentlicht hat, hat sich die Medienwelt derart verändert, dass eine **Fortschreibung des Manifests** notwendig ist: Alltägliches Leben und gesellschaftliche Prozesse finden permanent auch im Netz statt; die Grenzen zwischen on- und offline sind endgültig fluide geworden. In der Folge sind Fragen im Kontext der Digitalisierung, u. a. zu Datenschutz, Algorithmen, Big Data und Learning Analytics, Kommunikations- und Medienethik sowie Künstlicher Intelligenz längst Teil gesamtgesellschaftlicher Diskussionen. Diese sind nicht zuletzt durch einen Perspektivwechsel geprägt: nachdem lange Zeit eher Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung betont wurden, rücken zunehmend negative Folgen in den Fokus. Daher ist eine differenzierte und kritische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Medienentwicklung und Mediennutzung notwendig.

Die Medienpädagogik sieht sich dabei in der Verantwortung, auf der Basis einer langjährigen wissenschaftlichen und praktischen Expertise daten- und wissenschaftsbasiert Stellung zu beziehen. Dabei gilt es, Chancen (z.B. im Feld der Identitätsbildung, beim Aufbau und der Pflege von Beziehungen, in informellen Bildungsprozessen) ebenso im Blick zu behalten wie Problemlagen (z.B. Datafizierung, aber auch Echokammern, Überwachung, Kommerzialisierung sozialer Medien etc.). Phänomene wie Fake News und Hasspostings sowie die Daten einschlägiger Untersuchungen zeigen eindrücklich, dass Heranwachsende ebenso wie Erwachsene und Senior*innen keinesfalls automatisch über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um sich selbstbestimmt und verantwortlich in einer mediatisierten Gesellschaft zu bewegen. Denn ein vielfältiger Medienumgang allein reicht für die Aneignung reflexiver Kompetenzen nicht aus. Dabei geht es nicht nur um eine individuelle Bewältigung aktueller Herausforderungen, sondern vor allem um die Frage, wie unter den Bedingungen der Digitalisierung Partizipation in offenen demokratischen Gesellschaften organisiert und wie Gesellschaft künftig gestaltet werden kann.

Die Bildungsinstitutionen müssen daher schnellstmöglich wieder anschlussfähig für die gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts werden. Zentrale Aufgabe des Bildungssystems mit all seinen pädagogischen, sozialen und kulturellen Handlungsfeldern ist es, alle Altersgruppen zu befähigen, an einer immer schon von Medien durchdrungenen Welt adäquat teilzuhaben.

Zur Umsetzung von Medienbildung in der Erziehungs- und Bildungspraxis und zur wissenschaftlichen Begleitung und Erforschung sind personelle und infrastrukturelle Investitionen auf Länder- und Bundesebene notwendig. Denn wenngleich Medienbildung in den letzten Jahren stärker Einzug in bildungspolitische Programme erhalten hat, fehlt es noch immer an einer konsequenten Umsetzung von Seiten der politischen Entscheidungsträger*innen. Die Forderungen des Medienpädagogischen Manifests aus 2009 haben deshalb keinesfalls an Relevanz verloren – eher wird ihre Dringlichkeit nochmals deutlicher. Darüber hinaus ergeben sich im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung weitere bildungsbezogene Notwendigkeiten, die wir mit dieser Fortschreibung verdeutlichen.

Bildungspolitische Forderungen der Unterzeichner*innen dieses Manifests

Medienbildung als curricular verankerter Bestandteil schulischer Bildung mit verbindlicher Aufgabenzuschreibung

Die seit 2009 vorangetriebenen Schulreformen haben bisher nur wenig dazu beigetragen, Medienbildung als Praxis in der Fläche zu verankern. Die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ (2016) stellt insofern einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar, als dass sie Medienkompetenz als zentrale Aufgabe des Bildungssystems benennt. Die bisherige curriculare Verankerung medienpädagogischer Inhalte und Qualifikationsziele in Kernlehrplänen und Bildungsplänen etc. als Querschnittsaufgabe hat jedoch bisher im Unterrichtsalltag nicht die notwendige Durchsetzungskraft entfaltet. Mit Blick auf die einzelne Lehrperson fehlt noch immer eine klare Aufgabenzuschreibung mit dem Ziel, Schüler*innen zu einem sinnvollen, reflektierten und verantwortungsbewussten Medienumgang zu befähigen. Daher fordern wir über einen eigenständigen Lernbereich nachzudenken. Dieser kann – orientiert an der [Dagstuhl-Erklärung „Bildung in der digitalen vernetzten Welt“](#) – auch Elemente der Informatik enthalten. Ein eigener Lernbereich darf allerdings nicht bedeuten, dass sich die Fächer aus ihrer Verantwortung für den Aufbau und die Umsetzung einer „digitalen Bildung“ verabschieden. Grundlegende Voraussetzung ist die verpflichtende Integration medienpädagogischer Elemente in die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen.

Außerdem notwendig ist eine stärkere Anrechnung von Arbeitszeit für die notwendige Fortbildung sowie Kollaboration mit Kolleg*innen und die Entwicklung von innovativen Unterrichtsformen.

Stärkung der Medienbildung in außerschulischen Handlungsfeldern

Aktuell ist bildungspolitisch eine Verengung des Blicks auf Schulentwicklung zu beobachten. Dagegen fordern wir eine breite Verankerung von Medienbildung in *allen* pädagogischen Handlungsfeldern, beginnend bei der frühkindlichen Bildung über die Erwachsenenbildung bis hin zur SeniorInnen-Arbeit. Nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Eltern und Erziehende brauchen Unterstützung im Hinblick auf eine adäquate Medienerziehung. Die Förderung einer reflektierten Medienpraxis ist für alle Altersgruppen von besonderer Bedeutung. Dazu bedarf es hinreichender finanzieller Mittel, die eine langfristige und an den Bedarfen der jeweiligen Zielgruppe orientierte medienpädagogische Arbeit, die entsprechende Qualifizierung der Fachkräfte und Ehrenamtlichen sowie die Entwicklung von notwendigen Einrichtungskonzepten auch im Zusammenwirken unterschiedlicher sozialer, pädagogischer und kultureller Bildungsangebote ermöglichen.

Nicht zuletzt stellen pädagogische Angebote für Heranwachsende aus Migrationskontexten und bildungsbenachteiligten Milieus sowie Angebote zur geschlechtersensiblen Medienarbeit eine zentrale Aufgabe der Medienpädagogik dar. Denn nach wie vor bestehen bei der Medienaneignung deutliche Unterschiede, die teils soziale und ökonomische Lebensbedingungen widerspiegeln und so Ungleichheiten zementieren. Die Einrichtungen der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit können hier bei entsprechender Ausstattung und medienpädagogischer Kompetenz innovative Angebote erbringen.

Eine kontinuierliche öffentliche Förderung anstatt kurzfristiger Projekte sichert dabei Nachhaltigkeit. Auch im Kontext kultureller Bildung kann Medienpädagogik weitreichende Angebote in beruflicher Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Erwachsenen-, Familien- und Altenbildung erbringen, bedarf dafür aber ebenfalls einer adäquaten und nachhaltigen Ausstattung.

Medienbildung als strukturell verankerter Bestandteil von Demokratieerziehung

Propaganda, strategische Kommunikation, gar Desinformation sind keine erst unter dem Vorzeichen der Digitalisierung auftretenden Phänomene. Die Struktur der vernetzten, digitalen Medien führt jedoch zu einer bisher nicht gekannten Beschleunigung und Reichweite. Der Medienbildung kommt in diesem Feld mit Blick auf Wertebildung, politische Bildung und damit auch Demokratieerziehung eine Schlüsselfunktion zu. Entsprechend müssen in sozialen, pädagogischen und kulturellen Handlungsfeldern Angebote im Sinne einer ethisch informierten Medienbildung strukturell verankert werden, welche Mediennutzer*innen zu einer reflektierten Auswahl von Medienangeboten, zum Verstehen medialer Praktiken und zum Interpretieren medialer Codes sowie zur Unterscheidung zwischen Informationsquellen unterschiedlicher Qualität (z.B. bezüglich Fake News, Hoaxes, Inszenierung, Filterblasen und Echokammern etc.) befähigen.

Die Auseinandersetzung mit Big Data, Algorithmen und KI in schulischen und anderen Bildungsprozessen verankern

Gerade der Umgang mit persönlichen Daten in der Internetkommunikation offenbart in den letzten Jahren gravierende Probleme: das Schlagwort Big Data verweist auf datenbasierte Geschäftsmodelle von nationalen und internationalen Konzernen sowie staatliche Überwachung. Algorithmen und künstliche Intelligenz werden zu Teilnehmer*innen der Kommunikation, ohne dass sie immer als solche erkennbar sind. Mit dem Aufkommen neuer Technologien stellen sich hochbrisante ethische Fragestellungen. Der*die Einzelne steht vor der Herausforderung, eigene Schutzbedürfnisse zu wahren bei einer gleichzeitigen gesellschaftlichen Teilhabe, die ohne digitale Medien zunehmend nicht mehr denkbar ist. Auch hier gilt es, eine reflektierte und medienkritische Auseinandersetzung mit Big Data durch fest zu etablierende Inhalte und Programme in schulischer und außerschulischer Bildung zu verankern.

Diese darf keinesfalls dabei stehen bleiben, Heranwachsende zum Coden zu befähigen. Vielmehr bedarf es darüber hinaus der Kompetenz, individuelle, soziale und gesellschaftliche Folgen der aktuellen technischen und kulturellen Entwicklungen und Medienphänomene/-dienste einschätzen zu können. Auch dazu sind ausreichende Ressourcen für die Entwicklung pädagogischer Programme und die Umsetzung durch pädagogische Fachkräfte notwendig. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass einzelne Technologieanbieter exklusive Zugänge zu pädagogischen Handlungsfeldern bekommen.

Grundbildung Medien in pädagogischen Ausbildungen und Studiengängen

In der Ausbildung von Erzieher*innen, Lehrer*innen, Erwachsenenbildnern*innen und Sozialpädagog*innen ist generell eine [Grundbildung Medien](#) als verbindlicher Bestandteil der pädagogischen Ausbildung zu verankern. Daneben müssen spezifische medienpädagogische Ausbildungen auf allen Ebenen von der Jugendleitercard (JuLeiCa) bis zu Masterstudiengängen etabliert bzw. ausgebaut werden.

Grundlegend hierfür ist neben entsprechenden Multiplikator*innen-Schulungen der erhebliche Ausbau medienpädagogischer Professuren und Mitarbeiter*innen-Stellen an den [Hochschulen](#).